



SPD



Newsletter von Dr. Sascha Raabe

Ausgabe 4 / 2013

Bericht aus Berlin, Gelnhäuser Tageblatt vom 1.03.2013

Die Bahn kommt - nicht

Die Bahn kommt – so lautet bekanntlich der selbstbewusste Werbeslogan der Deutschen Bahn. Für die Kinzigtalbahn, also den Ausbau der Strecke von Hanau nach Fulda, dürfte das allerdings vermutlich noch auf lange Sicht nicht gelten. Wann sie kommt, ob sie überhaupt kommt, das ist derzeit wieder unsicherer denn je. Ein Grund dafür sind die explodierenden Kosten beim umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21. Hinter vorgehaltener Hand wird inzwischen darüber spekuliert, dass die Kosten auf rund 10 Milliarden Euro ansteigen könnten. Nichts desto trotz haben sowohl der Bundesfinanz-, als auch der Bundesverkehrsminister kürzlich erklärt, unter allen Umständen an dem Projekt festhalten zu wollen. Für sie steht fest: S 21 soll gebaut werden, koste es, was es wolle.

Damit wird in den kommenden Jahren noch sehr viel Geld in der Stuttgarter Baugrube versenkt werden. Geld, das an anderer Stelle für wesentlich sinnvollerer Vorhaben – bei uns etwa die Kinzigtalbahn oder auch die nordmainische S-Bahn – fehlt. Dabei ist gerade der Ausbau der Strecke Hanau-Fulda dringend erforderlich. Die bestehende Trasse ist schon

jetzt überlastet und wird mit zunehmendem Güterverkehr in der Zukunft den Anforderungen nicht mehr entsprechen. Ohne eine Entlastung droht hier ein Verkehrsinfarkt, der für die Region tödlich sein könnte. Seit Jahren schon haben die Verantwortlichen des Main-Kinzig-Kreises und auch ich selbst darauf hingewiesen und für einen Ausbau gekämpft. Trotz des drängenden Handlungsbedarfs, hat man uns im Verkehrsministerium meist die kalte Schulter gezeigt.

Nun lässt sich natürlich auch die Kinzigtalbahn nicht mal eben aus der Portokasse finanzieren. Dass sich so ein Projekt nicht von heute auf morgen realisieren lässt, ist noch verständlich. Völlig unverständlich ist mir aber, dass plötzlich für ein einzelnes Vorhaben wie S 21, dessen Sinn höchst fragwürdig ist, alles Geld der Welt zur Verfügung stehen soll, während wir hier in die Röhre gucken. Mit sinnvoller Verkehrspolitik hat das jedenfalls nichts zu tun. Und wer sagt, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen den einzelnen Vorhaben, der hat entweder einen Goldesel im Keller oder er hat nicht verstanden, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann. Fakt ist: Wird das Geld an einer



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756



Stelle im großen Stil verbrannt, bleibt anderen nur noch die Sparflamme.

Bei der Kinzigtalbahn ist der Zusammenhang mit S 21 noch besonders eklatant. Das Vorhaben in Baden-Württemberg hat ohnehin wegen eines schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnisses ein ernsthaftes Legitimationsproblem. Dieses wäre laut des letzten Bedarfsplans aus dem Hause Ramsauer noch schlechter, wenn die Kinzigtalbahn gebaut würde. Auch darauf habe ich gemeinsam mit unserem Kreisverkehrsdezernenten André Kawai schon 2010 aufmerksam gemacht. Wenn man nun sieht, wie sich der Verkehrsminister für S 21 aus dem Fenster lehnt, kann es nicht erstaunen, dass er für die Kinzigtalbahn nur wenig Leidenschaft entwickelt, denn würde sie zuerst realisiert,

würde der Kosten-Nutzen-Faktor seines Lieblingsprojekts im Gesamtzusammenhang des deutschen Streckennetzes vermutlich ins Bodenlose abrutschen. Wer hier keinen Zusammenhang sieht, sollte schleunigst die Scheuklappen absetzen.

Es ist äußerst bedauerlich, dass angesichts der explodierenden Kosten niemand den Mut findet, endlich einen Schnitt zu machen und S 21 aufzugeben. Stattdessen werden die Ausstiegskosten künstlich aufgeblasen. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Das wäre ein Befreiungsschlag für viele dringend benötigte Infrastrukturvorhaben in Deutschland, die derzeit wegen der Finanzierungsunsicherheit blockiert werden. Damit es irgendwann wirklich heißen kann: Die (Kinzigtal-) Bahn kommt!

Politgezwoitscher , Gelnhäuser Neue Zeitung vom 28.02.2013

Pferdelasagne

Eigentlich sind es ja die Pferde, die sich sprichwörtlich übergeben (um hier ein deftigeres Wort zu vermeiden). Dass es jetzt andersherum geht und den Verbrauchern wegen des Pferdefleischs das Essen hochkommt, ist neu. Jetzt muss sogar Ikea seine legendären Köttbullar aus dem Verkehr ziehen. Erstaunen kann das alles nicht. Immer wieder werden wir von neuen Lebensmittelskandalen heimgesucht: Gammelfleisch im Döner, Dioxin in Hühnereiern oder Mäusekot im Mozzarella – lecker ist anders. Der neueste Skandal sind die vermeintlichen Bioeier, die nicht Bio waren, sondern aus Massentierhaltung stammten. Eine Horrormeldung jagt die nächste und immer wieder verspricht die Politik Besserung, werden sogenannte Task Forces gebildet und eilig gestrickte Aktionspläne verabschiedet. Wie wir jetzt sehen, hat das alles

bisher wenig genützt. Der Pferdefleisch-Betrug hat einmal mehr gezeigt, dass die Interessen der Verbraucher im zuständigen Bundesministerium schlecht aufgehoben sind. Da kann sich Frau Aigner noch so entschlossen geben: Letztlich ziehen die Verbraucher doch meist den Kürzeren. Immer wieder kommen die schwarzen Schafe in der Lebensmittelindustrie ungeschoren davon, wird den wirtschaftlichen Interessen einiger weniger der Vorrang vor der Gesundheit der Verbraucher eingeräumt. Damit muss es endlich ein Ende haben. Die Bundesregierung muss den Verbraucherschutz ernst nehmen, Transparenz herstellen, Verstöße streng bestrafen und die Rechte der Verbraucher stärken. Bei dem Gedanken, dass sich vermutlich außer großer Ankündigungen wieder nichts tut, kann sich einem wirklich der Magen umdrehen.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Bürgermeister a.D.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



* * *

Politikverdrossenheit war gestern: 120 SPD-Mitglieder aus dem Unterbezirk Main-Kinzig waren am vergangenen Freitag in die Fallbachhalle nach Erlensee gekommen, um über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Im Vordergrund standen dabei der Mindestlohn und die Pflege. Das werden sicher auch zwei der zentralen Themen mit Blick auf die Bundestagswahl. Nachdem sich die Regierung derzeit beim Mindestlohn scheinbar leicht bewegt, wird

es darauf ankommen, deutlich zu machen, wer das Original ist. Die SPD will den gesetzlichen Mindestlohn aus Überzeugung, schwarz-gelb handelt jetzt so kurz vor der Wahl ausschließlich aus purer Panik. Immerhin hätten sie ja vier Jahre Zeit gehabt und haben rein gar nichts unternommen. Merkel wird letztlich nie für einen wirklichen gesetzlichen Mindestlohn sein. Das jetzt angekündigte Konzept ist eine Mogelpackung. Für Augenwischereien ist das Thema aber viel zu wichtig.

Pressemitteilung vom 25.02.2013

Raabe fordert Aus für Stuttgart 21

Unterstützung für Hanau OB Kaminsky/ „Geld für sinnvollere Projekte verwenden“

Nach der jüngsten Ankündigung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, trotz der drohenden Kostenexplosion unter allen Umständen am umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21 festhalten zu wollen, fordert der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe das Aus für das Vorhaben. Raabe: „Dieser überbeuerte Irrsinn muss ein Ende haben. Es darf nicht noch mehr Geld in der Baugrube von S 21 versenkt werden. Die Mittel werden an anderer Stelle sehr viel dringender benötigt. Aber statt die Notbremse zu ziehen, schippen Schäuble und Ramsauer noch mehr Kohle in den Kessel und rasen mit Volldampf weiter auf den Abgrund zu.“ Raabe befürchtet, dass wichtige Bahnvorhaben im Main-Kinzig-Kreis, wie etwa die Kinzigtalbahn und die Nordmainische S-Bahn wegen des überbeuerten Prestigeprojekts von der Bundesregierung auf das Abstellgleis geschoben werden könnten.

Der Bundestagsabgeordnete schließt sich damit der Kritik von

Hanau Oberbürgermeister Kaminsky an, der erst kürzlich die Forderung nach einem Stopp für Stuttgart 21 erhoben hatte. Schon 2010 hatte Raabe gemeinsam mit Kreisverkehrsdezernent Dr. André Kawai davor gewarnt, das unkalkulierbare Kostenrisiko S 21 könne die Vorhaben im Main-Kinzig-Kreis gefährden. Im Zuge der Bedarfsplanaufstellung des Bundesverkehrsministers war seinerzeit deutlich geworden, dass das Stuttgarter Projekt einen besseren Nutzen-Kosten-Faktor erhält, wenn es vor der Kinzigtalbahn realisiert würde. „Und weil S 21, wie wir nach Schäubles Äußerung wissen, in jedem Fall durchgedrückt werden soll, werden wir wohl noch lange auf die Kinzigtalbahn warten müssen“, fürchtet Raabe. „Wir haben schon vor drei Jahren auf diesen Zusammenhang hingewiesen“, erklärt der SPD-Abgeordnete, „und die Befürchtungen, dass sich die Kinzigtalbahn genauso wie die Nordmainische S-Bahn wegen der explodierenden Kosten bei S 21 nun hinten anstellen muss, wer-



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Bürgermeister a.D.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



den immer konkreter. Inzwischen gibt es glaubhafte Aussagen, wonach die Kosten in Stuttgart auf zehn Milliarden Euro ansteigen werden. Wenn das so kommt, können wir mit unseren Vorhaben hier im Main-Kinzig-Kreis einpacken.“

Er werde sich, so Raabe, in Berlin für einen Baustopp und eine Umwidmung der Mittel einsetzen: „Es kann nicht sein, dass Bundes-

verkehrsminister Ramsauer sehen den Auges die Deutsche Bahn immer mehr Milliarden in den Sand setzen lässt und uns hier in Hanau und der Region notwendige Mittel für dringend benötigte Verkehrsprojekte fehlen. Wir brauchen sofort die endgültige Finanzierungszusage für den Bau der Nordmainischen S-Bahn und schnellstmöglich einen Finanzierungsplan für den Ausbau der Bahnstrecke Hanau-Fulda.“

Kolumne, Kinzigtal Nachrichten vom 20.02.2013

Debatte um Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung: EU auf dem Holzweg?

„Wasser soll dem freien Wettbewerb überlassen werden. Zumindest wenn es nach dem Willen der Europäischen Union geht. Das heißt: Wasser als öffentliches Gut unterliegt künftig dem freien Wettbewerb und damit der freien Preisbildung des europäischen Binnenmarkts. Laut Richtlinienentwurf ist die Privatisierung der Wasserversorgung zwar nicht verpflichtend, der Druck dafür steigt jedoch erheblich. Damit einher geht die Gefahr, dass die Qualität des Wassers abnimmt.

Welche Folgen das für die Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger haben kann, spüren unsere europäischen Mitbürger etwa in Frankreich und Portugal bereits am eigenen Leibe. Dort stiegen nach der Liberalisierung des Marktes die Kosten für Wasser teilweise um das Doppelte, teilweise erhöhten die privaten Wasserunternehmen die Preise für Wasser und -entsorgung um unglaubliche 400 Prozent. Diese Entwicklung betrachte ich mit großer Sorge, wird doch Wasser als lebensnotwendiges Gut dem Kommerzstreben privatwirtschaftlicher, profitorientierter Unternehmen unterworfen. Betroffen sind vor allem die Men-

schen unserer Gesellschaft, die ohnehin um das Auskommen mit ihrem Einkommen kämpfen. Die geplante EU-Richtlinie läuft damit jeder sozialdemokratischen Grundauffassung entgegen.

Daher dürfen wir in unseren deutschen Kommunen nicht zulassen, dass ein Geschäft mit öffentlichem Trinkwasser entsteht. Die kommunalen Wasserversorgung muss weiterhin die Aufgabe öffentlicher Träger sein, eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung darf nicht gefährdet werden. Darüber ist sich die SPD einig – und zwar von Brüssel bis in den Main-Kinzig-Kreis. Dort haben wir am 8. Februar in der letzten Sitzung des Kreistags zusammen mit den Grünen und den Freien Wählern einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Darin fordern wir, dass die Wasserversorgung in kommunaler Hand bleiben soll. Über die Hessische Landesregierung und deren Vertretung in Brüssel muss diese Richtlinie gestoppt werden. Wasser muss ein öffentliches Gut und grundlegender Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge bleiben.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Bürgermeister a.D.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Das ist übrigens nicht nur meine Meinung oder die meiner Partei. Wasser ist ein Menschenrecht. Diesen Sonderstatus haben die Vereinten Nationen im Jahr 2010 erteilt. Ohne Wasser können Menschen nicht leben, der Anspruch auf sauberes Wasser wurde daher zum Menschenrecht erklärt. Vor diesem Hintergrund wirken die EU-Pläne noch unglaublicher. Doch auch dort erhebt sich Widerstand. Meine Kollegen der europäischen SPE im Europäischen Parlament kämpfen massiv dafür, die kommunale Wasserversorgung aus der so genannten Konzessionsrichtlinie zu entnehmen – und zwar ohne Kompromisse wie eine zeitliche Begrenzung bis 2020. Sollte die konservative Mehrheit im EU-Parlament die kommunale Wasserversorgung nicht dauerhaft aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie entnehmen, werden sie geschlossen bei der Abstimmung gegen die gesamte Richtlinie stimmen, kündigten die Kollegen an.

Diese Haltung teilen nicht nur wir als SPD-Bundestagsfraktion, sondern – und das ist viel wichtiger – ein Gros der Bürger. Mehr als eine Millionen Unterschriften konnte beispielsweise die "Water Campaign" mittlerweile sammeln. Die Bürgerinitiative tritt gegen eine

Vermarktung von Wasser als Handelsgut ein. Letztlich sind es die Bürgerinnen und Bürger, die der Preispolitik des freien Marktes ausgesetzt werden und die Bedingungen der Unternehmen schlucken müssen. Umso verständlicher, dass sie Mehrkosten für Wettbewerb, Marketing etc. fürchten und sich gegen steigende Wasserkosten und sinkende Wasserqualität wehren.

Klingt plausibel? Augenscheinlich nicht für jeden. Denn mal wieder ist es die schwarz-gelbe Bundesregierung, die mit ihrer Politik an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeiregiert. So hat unsere Kanzlerin selbst im Rat der EU dem Vorschlag der Europäischen Kommission zugestimmt. Und obwohl auch der Wirtschaftsausschuss des Bundestags die Sorgen teilte, gelang es der Bundesregierung nicht, diese Haltung in einer Neufassung des Richtlinienentwurfs zu verankern. Da bleibt nur zu hoffen, dass der breite öffentliche und politische Druck dazu führt, dass die EU ihren Richtlinienentwurf doch noch ändert. Damit Wasser weiter ein öffentliches Gut bleibt und den Kommunen eine Privatisierung der Wasserversorgung erspart bleibt



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Bürgermeister a.D.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

